

Kommunaler Wärmeplan in Herne vor dem Aus? BSW-Ratsgruppe warnt vor „sozialem Kälteschock“ und fordert Kurskorrektur

HERNE – Die BSW-Ratsgruppe übt scharfe Kritik an dem vorliegenden Entwurf des kommunalen Wärmeplans (KWP) der Stadt Herne. Angesichts der von der Bundesregierung angekündigten Kehrtwende in der Wärmepolitik – dem neuen Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG) – sieht die Ratsgruppe die bisherige Planungsgrundlage der Stadt als überholt und sozial riskant an.

Planung am Bürger vorbei: Das „Gasnetz-Aus“ als Fehlkalkulation

Während der aktuelle Entwurf der Stadt Herne die komplette Abschaffung des Gasnetzes bis 2045 vorsieht, setzen die neuen Eckpunkte der Bundesregierung auf weitgehende Technologieoffenheit. Demnach sollen Gasheizungen unter Beimischung von lediglich 10 % CO₂-neutralen Gasen dauerhaft zulässig bleiben.

„Der vorliegende Plan ist kein Fahrplan, sondern ein wirtschaftliches Risiko für Herne“, erklärt BSW-Stadtverordneter Michael Wiese. „Wir warnen davor, dass die Stadt das Gasnetz kappt, während der Bund dessen Fortbestand ermöglicht.“ Dies gefährde nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern provoziere massive Fehlinvestitionen in parallele Infrastrukturen.

Die soziale Frage: Teure Wärme, kalte Wohnungen

Besonders kritisch bewertet das BSW die unzureichende Fernwärme-Quote, die im Entwurf lediglich bei 26,1 % liegt. Für eine Mieterstadt wie Herne sei dies völlig ungenügend. Gleichzeitig soll der Strombedarf von 3 GWh auf 105 GWh explodieren, ohne dass geklärt ist, wie dieser Strom bezahlbar zum Endverbraucher gelangt.

Die Folgen für die Herner Bürger seien absehbar:

- Heizkostenexplosion: Ohne Korrektur drohen deutlich teurere Heizkosten.
- Soziale Härte: Zehntausende Mieter könnten in kalten Wohnungen sitzen, wenn die Fernwärme verweigert und das Gasnetz gekappt wird.
- Mangelnde Transparenz: Es fehlt eine umfassende soziale Folgeabschätzung, die die kumulierten Kosten aus Gebäudesanierung und steigenden Netzentgelten berücksichtigt.

Forderung nach Neubewertung

Angesichts der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die voraussichtlich Mitte 2026 das bisherige Gebäudeenergiegesetz (GEG) ablösen werden, fordert die BSW-Ratsgruppe eine sofortige Neubewertung der Planungsgrundlage.



„Dieser Entwurf ist die investierten 380.000 Euro an Steuergeldern in seiner jetzigen Form nicht wert“, so das Fazit von Michael Wiese. Das BSW hat daher zur nächsten Ratssitzung am 24. März eine offizielle Anfrage an Oberbürgermeister Dr. Frank Dudda gerichtet, um die wirtschaftliche Tragfähigkeit und die soziale Verträglichkeit der Wärmeplanung unter den neuen Vorzeichen des GMG klären zu lassen.

BSW-Kreisverband & Ratsgruppe Herne

Michael Wiese
Stadtverordneter

Kontakt für Rückfragen:

Willi Karasch
Geschäftsführer
Mobil: 0176 76 78 57 38
E-Mail: Karasch.willi55@gmail.com